



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 30. April 2013 (StB 299)

B+A 9/2013

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat mit zwei
Änderungen beschlossen am 27.
Juni 2013**

**(Definitiver Beschluss des Grossen
Stadtrates am Schluss dieses Dokuments)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	10
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	10
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	11
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	13
III. Antrag	16
Anhang 1	18
Anhang 2	20
Anhang 3	21

Anhang 1

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.

Anhang 2

Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.

Anhang 3

Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 73 (2004/2009), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 30. Juni 2005 (überwiesen am 26. Januar 2006):
Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle

Wie bei der Fristverlängerung im B+A 21/2012 vom 2. Mai 2012: „Abschreibung von Motionen und Postulaten“ angekündigt, ist die Sozialkommission als zuständiges parlamentarisches Gremium anlässlich der Kommissionssitzung vom 29. November 2012 über die aktuelle Situation beim Thema Jugendarbeitslosigkeit ausführlich informiert worden. Die Sozialkommission ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

2. Postulat 453 (2004/2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 24. Oktober 2008 (teilweise überwiesen am 4. Juni 2009):
Abgabe von Abstimmungs- und Wahlunterlagen an niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer

Anstelle der Abgabe von Abstimmungs- und Wahlunterlagen motiviert die Stadt Luzern die Luzerner/innen, welche die Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) erhalten, an einer Veranstaltung zur aktiven Mitwirkung in den Bereichen Quartier, Sport, Kultur, Soziales und Politik. Die erste Veranstaltung wurde am 1. März 2013 erfolgreich durchgeführt. Diese wird nun je nach Anzahl Personen 1–2 Mal jährlich wiederholt.

3. Postulat 563 (2004/2009), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 28. Dezember 2009 (teilweise überwiesen am 14. Januar 2010):
Aus Erfahrungen lernen: Projektevaluation der Gemeindefusion erweitern

In absehbarer Zeit werden keine Fusionsverhandlungen stattfinden, bei denen Lehren aus gemachten Erfahrungen nützlich sein könnten. Der Fusionsprozess wurde bereits mit B+A 19/2010 „Fusion Littau-Luzern: Schlussbericht des Umsetzungsprojekts“ ausgewertet.

4. Motion 75 (2010/2012), Urs Wollenmann und Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):

Wer in Luzern wohnt, soll auch in Luzern steuern

Die Verantwortlichen der Einwohnerdienste präsentierten Anfang 2013 gemeinsam mit dem Leiter des Steueramts dem Stadtrat die in der Stadt Luzern realisierten Massnahmen zur Verbesserung der Kontrollmechanismen. Dazu gehören unter anderem die Abschlusskontrolle im Rahmen der Registerharmonisierung, die Jahresendkontrollen der Wegziehenden oder die jährliche Kontrolle der Wochenaufenthalter. Die vollständige Liste dieser Massnahmen wurde den Mitgliedern der GPK am 21. März 2013 präsentiert und von diesen zustimmend zur Kenntnis genommen. Es wurden keine weiteren Massnahmen verlangt, welche dem Parlament zum Beschluss vorgelegt werden könnten.

5. Postulat 105 (2010/2012), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 1. September 2010 (überwiesen am 24. März 2011):

Luzern-Nord: Stadt und Emmen sollen zusammenarbeiten

Die Entwicklung im Raum LuzernNord wird gemeindeübergreifend abgestimmt und vorangetrieben. LuzernPlus ist mit der Prozesssteuerung beauftragt. Das Ausschöpfen der grossen Entwicklungspotenziale und das Schaffen einer gemeinsamen, starken Identität ist in vollem Gange. Der Gebietsmanager LuzernNord steht an der Schnittstelle zwischen standortinteressierten Unternehmen, Investoren, der Gemeinde Emmen und der Stadt Luzern. Der Bereich Wirtschaftsfragen wird verstärkt durch den Einsatz einer Projektleiterin Strategische Planung bei der Baudirektion.

6. Postulat 108 (2010/2012), Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 9. September 2010 (teilweise überwiesen am 24. März 2011):

Teilzeit und Jobsharing: Beruf und Familie für Männer und Frauen in der Stadtverwaltung

Die Stadt Luzern hat weiterhin einen hohen Anteil Teilzeitmitarbeitender von 52 %. Das Jobsharing wird beim Erstellen des Anforderungsprofils für Leitungsstellen thematisiert und es wird jeweils geprüft, ob Stellen im Jobsharing besetzt werden können. Das Anliegen des Postulats ist zu einer Kernaufgabe der Dienstabteilung Personal geworden.

7. Motion 126 (2010/2012), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion und Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 17. November 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):
Standort des Kantonsgerichts

Die Suche nach einem Standort und die Realisierung der Räumlichkeiten für ein neues Kantonsgericht ist Sache des Kantons. Die Stadt hat signalisiert, den Kanton bei einer Standortsuche zu unterstützen. Dazu ist aber eine konkrete Anfrage des Kantons erforderlich. Ein Terminplan für eine Realisierung von neuen Räumlichkeiten für das Kantonsgericht liegt nicht vor. Die Stadt kann auch nicht aktiv auf den Planungsprozess Einfluss nehmen.

8. Postulat 152 (2010/2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 10. November 2011):
Mehr Lebensqualität – weniger Lärm im Geissmattquartier

Die Lärmsituation wird sich dank baulichen Lärmschutzmassnahmen im Bereich der Eisenbahnlinie und der Sentibrücken kurz- bis mittelfristig deutlich verbessern. Zudem hat sich die Direktion UVS im Jahre 2012 mit Vertretern des primär betroffenen QV Luegisland getroffen. Dabei konnte Verständnis für die Blaulichtorganisationen geschaffen werden.

9. Postulat 154 (2010/2012), Markus Helfenstein und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 22. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 10. November 2011):
Lärmschutzmassnahmen im Bereich Gütsch/Musegg/Bramberg/Reussport

Die Lärmsituation wird sich dank baulichen Lärmschutzmassnahmen im Bereich der Eisenbahnlinie und der Sentibrücken kurz- bis mittelfristig deutlich verbessern. Zudem hat sich die Direktion UVS im Jahre 2012 mit Vertretern des primär betroffenen QV Luegisland getroffen. Dabei konnte Verständnis für die Blaulichtorganisationen geschaffen werden.

10. Postulat 160 (2010/2012), Monika Senn Berger und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):
Zusammensetzung von Planungs- und Entscheidungsgremien für eine nachhaltige städtische Entwicklung

Wie in der Antwort des Stadtrates zum Postulat ausgeführt, hat der Stadtrat bereits vor Jahren Massnahmen eingeleitet, um den Prinzipien der Nachhaltigkeit besser gerecht zu werden:

- In der Dienstabteilung Umweltschutz wurde eine Fachstelle für die nachhaltige Entwicklung geschaffen.
- Die Stadt Luzern verfügt über ein Set von Nachhaltigkeitsindikatoren, welches unter der Leitung des Bundesamtes für Raumentwicklung erarbeitet und gegenwärtig von 16 Schweizer Städten eingesetzt wird. Dieses Indikatorenset misst den Entwicklungsstand für definierte Zielbereiche in den drei Nachhaltigkeitsbereichen rückblickend

und als Resultat aller städtischen Aktivitäten. Im Rahmen der Gesamtplanung werden diese Erkenntnisse alle zwei Jahre publiziert.

- Im Zusammenhang mit der gesamthaften Überarbeitung der Gesamtplanung im Jahr 2010 und 2012/2013 wurde ein Ausschuss aus Fachleuten aus der Verwaltung eingesetzt, dessen Auftrag es war, die Gesamtplanung aus dem Sichtwinkel der drei Nachhaltigkeitsdimensionen zu begleiten und zu überprüfen. Dieses Gremium kann auch bei wichtigen Stadtentwicklungsvorhaben eingesetzt werden, um die Wirkung dieser Vorhaben aus einer gesamtheitlichen Sicht zu beurteilen.
- Bei verschiedenen Vorhaben wurden bereits Nachhaltigkeitsbeurteilungen durchgeführt. So wurden beispielsweise im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung das Raumentwicklungskonzept 2008 und der Entwurf der revidierten Bau- und Zonenordnung durch externe und interne Fachleute einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen. Auch bei der Erarbeitung der neuen Energie- und Klimastrategie und beim Freiraum- und Gestaltungskonzept für das Friedental wurde eine solche Beurteilung durchgeführt.

Der Stadtrat hat sich in der Antwort zum Postulat bereit erklärt, auch künftig bei bedeutenden Stadtentwicklungsprojekten darauf zu achten, dass in den Projektgruppen, die diese Vorhaben begleiten, Vertreterinnen und Vertreter Einsitz nehmen, welche die Interessen der drei Nachhaltigkeitsdimensionen wahrnehmen, wie dies in der Regel bereits heute schon geschieht. Weitere Vorhaben wurden zwischenzeitlich einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen (z. B. Masterplan LuzernNord). Auch die Gesamtplanung ist auf die nachhaltige Entwicklung der Stadt ausgerichtet. Damit erachtet der Stadtrat die beiden überwiesenen Forderungen der Postulanten als erfüllt.

11. Postulat 163 (2010/2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 28. Februar 2011 (überwiesen am 22. September 2011):

Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung

Die entsprechenden Gespräche zwischen Kanton und Stadt wurden geführt. Daraus ist das gemeinsame Projekt Gesamtverkehrskonzept entstanden. Die entsprechenden Arbeiten dazu sind im Gang.

12. Postulat 165 (2010/2012), Manuela Jost, vom 1. März 2011 (teilweise überwiesen am 10. November 2011):

Lärmschutzmassnahmen im Säli-Bruch-Quartier

Analog zu den Gebieten Gütsch/Musegg/Bramberg/Reussport und zum Geissmattquartier wird sich die Lärmsituation kurz- bis mittelfristig dank baulichen Lärmschutzmassnahmen im Bereich der Eisenbahnlinie und den Sentibrücken deutlich verbessern.

13. Postulat 177 (2010/2012), David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 7. April 2011 (teilweise überwiesen am 30. Juni 2011):

Zwischennutzung für Brache am Pilatusplatz

In der Stellungnahme des Stadtrates wurde festgehalten, dass „allfällige fundierte Nutzungskonzepte offen geprüft werden“. Bis dato sind jedoch keine derartigen Nutzungskonzepte eingetroffen, weshalb momentan kein Handlungsbedarf besteht.

14. Postulat 179 (2010/2012), Nina Laky und David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. April 2011 (überwiesen am 30. Juni 2011):

Für eine Strategieänderung im Treibhaus

Wie in der Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat angekündigt, ist die Sozialkommission als zuständiges parlamentarisches Gremium anlässlich der Kommissionssitzung vom 21. März 2013 über die aktuelle Situation beim Jugend- und Kulturhaus Treibhaus ausführlich informiert worden. Die Sozialkommission ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

15. Postulat 204 (2010/2012), Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 30. Mai 2011 (überwiesen am 15. Dezember 2011):

Keine Steuergelder für die Anschubfinanzierung von LucerneHealth

LucerneHealth wurde nicht unterstützt.

16. Postulat 219 (2010/2012), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 21. Juli 2011 (teilweise überwiesen am 22. September 2011):

Starke Stadtregion. Im Hinblick auf künftige Verhandlungen: Griffige Zwischenbilanz der Fusion Littau-Luzern

In absehbarer Zeit werden keine Fusionsverhandlungen stattfinden, bei denen Lehren aus gemachten Erfahrungen nützlich sein könnten. Der Fusionsprozess wurde bereits mit B+A 19/2010 vom 5. Mai 2010: „Fusion Littau-Luzern: Schlussbericht des Umsetzungsprojekts“ ausgewertet.

17. Postulat 235 (2010/2012), Katharina Hubacher, Agatha Fausch Wespe und Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 12. September 2011 (teilweise überwiesen am 22. September 2011):

Poststelle schliessen ist keine Lösung. Die Post plant Veränderungen im Poststellennetz der Stadt Luzern

Dank gemeinsamer Anstrengungen von Post, Quartierverein Obergrund und der Stadt konnte die anfänglich skeptische Vermieterin der heutigen Poststelle Obergrund gewonnen werden, einer baulichen Anpassung an der bestehenden Lage zuzustimmen. Seit 1. April 2013 bis zirka November 2013 bleibt die Poststelle Obergrund wegen der Bauarbeiten geschlossen. Danach wird sie als „Poststelle mit neuem Auftritt“ wieder eröffnet. Als Alternative zur Poststelle Löwengraben wurde schon am 3. September 2012 im Verkaufsgeschäft der Bäckerei Merz an der Eisengasse eine „Post beim Partner“ eröffnet.

18. Postulat 244 (2010/2012), Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion und Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 26. Oktober 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Eingliederung vor Rente

Das Anliegen wurde in Art. 1 Abs. 2 lit. l Personalreglement als ein personalpolitisches Ziel der Stadt aufgenommen. Mit dem Projekt Arbeitsintegration definierte der Stadtrat eine Strategie zur Eingliederung von leistungseingeschränkten Arbeitnehmenden und beschloss Umsetzungsschritte.

19. Postulat 264 (2010/2012), Markus Mächler und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, Philipp Federer und Edith Lanfranchi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Luzia Mumenthaler-Stofer und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion und René Baumann, vom 13. Dezember 2011 (überwiesen am 24. Mai 2012):
Die MZH Allmend kann nicht ersatzlos abgebrochen werden

Das Postulat ist erfüllt. Die Mehrzweckhalle bleibt so lange bestehen und in Betrieb, als dies ihr baulicher Zustand zulässt. Die Finanzierung erfolgt – soweit der Betrieb nicht selbsttragend ist – nicht über Mittel der Baudirektion (Immobilien), sondern über Billettsteuermittel.

20. Postulat 278 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. Januar 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenbetreuung

Im Rahmen der Teilrevision des Besoldungssystems wurde das Anliegen in Art. 1 Abs. 2 lit. k Personalreglement als personalpolitisches Ziel aufgenommen sowie in Art. 29 Abs. 1 und 4 Personalverordnung umgesetzt.

21. Postulat 279 (2010/2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. Januar 2012 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Schutz für Whistleblower

Das Anliegen wurde im Rahmen der Teilrevision des Besoldungssystems in Art. 41 a Personalreglement und Art. 66 b Personalverordnung aufgenommen. Eine externe Meldestelle für Missstände wurde geschaffen.

22. Postulat 6 (2012/2016), Noëlle Bucher und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion sowie Dominik Durrer, Nico van der Heiden und Jules Gut vom 1. Oktober 2012 (überwiesen am 28. Februar 2013):

Gleichstellung von Mann und Frau in Kitas

Zur Förderung der Gleichstellung koppelt die Abteilung KJF ab 2013 die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen an Kindertagesstätten oder Tagesfamilienorganisationen an die Bedingung, dass die Stellenausschreibungen der jeweiligen Institution Männer und Frauen gleichwertig ansprechen müssen. Dies wird im Konzept zur Vergabe von Fördermitteln festgehalten und auch auf dem Antragsformular für die Ausbildungsbeiträge als Bedingung formuliert. Das Anliegen des Postulats ist somit erfüllt.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2 lit. b Geschäftsreglement).

1. Postulat 551 (2004/2009), Dominik Durrer, Luzia Vetterli und David Roth namens der SP-Fraktion, vom 11. November 2009 (teilweise überwiesen am 29. April 2010):

Kulturpolitik in der Stadt Luzern: Rettet den Kulturkompromiss!

Der Einbezug des Parlamentes zu dieser Themaik erfolgt mit der kulturpolitischen Standortbestimmung (zirka Herbst/Winter 2013). Die GPK hat im Mai 2011 beschlossen, eine Abschreibung in diesem Zusammenhang zu beantragen.

2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Motion 417 (2004/2009), Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, 16. Juni 2008 (überwiesen am 25. Juni 2009):

Wer macht was? Öffentlicher Raum in der Stadt Luzern

Die entsprechenden Fragen werden im Sicherheitsbericht 2013 thematisiert. Dieser Bericht wird im Verlauf dieses Jahres dem Parlament vorgelegt werden.

2. Motion 419 (2004/2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Juni 2008 (überwiesen am 7. Mai 2009):

Velofreundliche Altstadt: Planungsbericht Veloparking für die Altstadt erstellen

Die Thematik „Veloparkierung in der Altstadt“ ist im Zusammenhang mit der Neugestaltung Grendel in Bearbeitung. Erste Erkenntnisse werden dem Parlament mit dem Projekt Grendel vorgelegt.

3. Motion 435 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 8. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Linkes Seeufer: Von der Schmutzelecke zur Uferpromenade

Bevor konzeptionelle Überlegungen zur Umgestaltung des linken Seeufers eingeleitet werden, muss die Situation mit den Car-Parkplätzen auf dem Inseli geklärt werden. Zurzeit fehlen die personellen Ressourcen für die Erarbeitung eines Konzepts wie auch die finanziellen Mittel für dessen Umsetzung.

4. Postulat 457 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Einzonen-Abo für die Zonen 10/20

Der Stadtrat hat sich beim Verkehrsverbund VVL für die Prüfung dieses Anliegens eingesetzt. Dieser ist für die Weiterentwicklung des Tarifverbunds Passepartout gemeinsam mit den Kantonen Ob- und Nidwalden zuständig. Dazu gehört auch die Überprüfung der Zonenstruktur für Abonnemente. Das aktuelle Angebot wird zurzeit analysiert, um anschliessend neue Lösungen zu erarbeiten. Eine Umsetzung wird vom Verkehrsverbund im Idealfall auf Dezember 2014 in Aussicht gestellt.

5. Postulat 458 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

vbl-Zonenplan an die städtischen Realitäten anpassen

Der Stadtrat hat sich mehrfach und jüngst im Zusammenhang mit der Petition an den Verkehrsverbund für eine Integration der Stadtteile Littau und Reussbühl in die Zone 101 eingesetzt. Der Verkehrsverbund hat in Aussicht gestellt, anstelle der Umsetzung der Petition eine Gesamtüberprüfung des Zonenplans vorzunehmen. Die daraus resultierende Lösung soll namentlich auch den Stadtteilen Littau und Reussbühl zugute kommen. Die Umsetzung dieser Gesamtlösung ist frühestens auf Dezember 2014 zu erwarten.

6. Postulat 465 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, 16. Dezember 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Tourismus-, Arbeits- und Wohnstadt mit attraktivem Bahnhof

Im Zusammenhang mit der laufenden Planung des Tiefbahnhofs Luzern werden auch die Personenströme im Bahnhof Luzern überprüft und nach Möglichkeit verbessert.

7. Postulat 505 (2004/2009), Anita Weingartner-Isaak namens der SP-Fraktion, vom 27. März 2009 (überwiesen am 24. September 2009):

Bushäuschen: Kleine Massnahme – geschätzte Dienstleistung

Das in Abhängigkeit stehende Projektkonzept „Verkaufspavillon“ des privaten Grundeigentümers ist seit 2002 pendent. Die Realisierung eines Unterstandes (mit Sitzgelegenheit) ohne Inanspruchnahme von privatem Grund wurde geprüft, ist jedoch aufgrund der Platzverhältnisse auf öffentlichem Grund nicht möglich. Die Umsetzung des Vorstosses durch die Stadt ist nur möglich, wenn der private Grundeigentümer sein Projekt realisieren und zur Erstellung eines Busunterstandes Hand bietet. Der Zeitrahmen der Realisierung ist zurzeit nicht absehbar.

3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 320 (2000/2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 29. September 2003 (überwiesen am 6. Mai 2004):

Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen

Nach der Verkehrsfreimachung und Umgestaltung des Mühlenplatzes und der Erweiterung des Parkhauses Altstadt (Zentrum) wird auch die Aufwertung des St.-Karli-Quais geprüft. Da die Ressourcen und Investitionsmittel der Stadt beschränkt sind und dem Projekt nicht die höchste Priorität zukommt, kann in den nächsten Jahren nicht mit einer Bearbeitung gerechnet werden.

2. Postulat 23 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 15. November 2004 (überwiesen am 21. April 2005):

Kombipur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse

Die Radverbindung ist in den Richtplänen (kommunal und kantonal) enthalten, sodass sie realisiert werden muss, sobald sich die Möglichkeit ergibt. Ohne Verkehrsreduktion in der Innenstadt von Luzern ist dies aber nicht möglich.

3. Postulat 24 (2004/2009), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 30. November 2004 (überwiesen am 9. Juni 2005):

Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenenhalde

Die Büttenenstrasse ist seit 2011 eine öffentliche Strasse. Zusammen mit der Verlängerung der Trolleybuslinie soll die Strasse mit Tempo 30 belegt werden. Dies ist im Verlauf des Jahres 2013 vorgesehen.

4. Postulat 96 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006):

Einbahnstrassen im Hirschmattquartier für den Veloverkehr öffnen

Momentan können aus Sicherheitsgründen keine weiteren Einbahnstrassen im Hirschmattquartier für den Veloverkehr geöffnet werden. Das Anliegen wird jedoch im Zusammenhang mit den Leitungsbauten Hirschmattquartier und der damit verbundenen städtebaulichen Aufwertung unter den neuen Voraussetzungen erneut geprüft und dem Parlament mit dem entsprechenden B+A voraussichtlich noch 2013 unterbreitet.

5. Postulat 97 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006):

Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern

Es ist vorgesehen, die Bruchstrasse mit der Einführung eines Einbahnstrassenabschnitts zu beruhigen. Die Verkehrsanordnung soll im Verlauf dieses Jahres 2013 erfolgen.

6. Motion 136 (2004/2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 20. April 2006 (überwiesen am 8. Februar 2007):

Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch

Die Leitungssanierungen müssen dringend angegangen werden. Im Verlauf des Jahres 2013 werden die Bewilligungsverfahren sowie die Ausschreibung der Werkleitungsarbeiten angestrebt. Die Planung der Umgestaltung des Grendels, des Löwengrabens und der Grabenstrasse wird weiter vorangetrieben.

7. Postulat 277 (2004/2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 3. Mai 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus

Im Bericht 43 vom 20. Oktober 2010: „Am-Rhyn-Haus: Entwicklungskonzept“ ist aufgezeigt, dass ein Stadtforum eine denkbare Nutzung wäre. Wie in der Antwort auf die Interpellation 356 vom 27. August 2012: „Am-Rhyn-Haus“ mitgeteilt, hat sich gezeigt, dass zusätzliche Abklärungen durchgeführt werden müssen. Das Ergebnis dieser Abklärungen ist für die Entwicklung einer zielgerichteten Nutzungslösung von entscheidender Bedeutung. Der Stadtrat wird im Rahmen der Budgetplanung 2014 prüfen, ob der dafür notwendige Kredit ins Budget aufgenommen wird.

8. Postulat 324 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 3. Oktober 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Weckt den Göttersee aus dem Dornröschenschlaf

Abklärungen und Verhandlungen laufen; die Stadt Luzern wirkt mit. Entsprechende Investitionsmittel sind im Finanzplan enthalten. Der B+A dürfte 2013 ans Parlament gelangen. Der Zeitplan ist davon abhängig, wie weit die Initianten mit ihrem Projekt sind (betriebliche Abklärungen, Baurechtsvertrag usw.).

9. Postulat 347 (2004/2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 10. Dezember 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Frisches Leben in alten Räumen

Die Stadt hat zurzeit keine Kenntnisse über aktuelle und konkrete Raumbedürfnisse des Parlaments, der Fraktionen und von Parteien. Wie in der Antwort auf die Interpellation 356 vom 27. August 2012: „Am-Rhyn-Haus“ mitgeteilt, hat sich gezeigt, dass zusätzliche Abklärungen durchgeführt werden müssen. Das Ergebnis dieser Abklärungen ist für die Entwicklung einer zielgerichteten Nutzungslösung von entscheidender Bedeutung. Der Stadtrat wird im Rahmen der Budgetplanung 2014 prüfen, ob der dafür notwendige Kredit ins Budget aufgenommen wird.

10. Postulat 388 (2004/2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. April 2008 (überwiesen am 15. Mai 2008):

Die Gütschbahn muss gerettet werden

Die Stadt Luzern ist am Erhalt der Gütschbahn interessiert. Sie steht mit den Verantwortlichen der Château Gütsch Immobilien AG und einer Wohnbaugenossenschaft in entsprechenden Verhandlungen.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–22, als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1., Ziffer 1, um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

II.2., Ziffern 1–7 um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern

II.3., Ziffern 1–10 um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern, 30. April 2013



Stefan Roth
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 30. April 2013 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–22, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist des Postulats gemäss II.1., Ziffer 1, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2013 abläuft.

1. Motion 41 (2010/2012), Theres Vinatzer und Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. März 2010 (als Postulat überwiesen am 19. Mai 2011):

Strategiebericht zum Pflegepersonalmangel in der Stadt Luzern

Das Anliegen der als Postulat überwiesenen Motion wird als Exkurs im Bericht und Antrag „Grundlagenbericht zur Steuerung und Planung der Pflegeversorgung der Stadt Luzern“ behandelt, der gemäss Planung im Herbst 2013 im Grossen Stadtrat beraten wird. Der Antrag auf Abschreibung wird im entsprechenden B+A gestellt.

2. Postulat 80 (2010/2012), David Roth und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):

Problemlösung bei Kinderbettelei

Das Projekt ist auf Bundesebene unter der Federführung des Schweizerischen Städteverbands und der Stadt Bern im Herbst 2011 abgeschlossen worden. Die generellen Rahmenbedingungen für das Vorgehen sind zwischen Bund und Städten besprochen worden. Die Umsetzung auf die Verhältnisse in Luzern konnte aus Kapazitätsgründen nicht vorangetrieben werden. Das Vorhaben wurde nicht priorisiert, da sich im letzten Sommer keine Verdachtsfälle ergeben haben.

3. Postulat 99 (2010/2012), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 18. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):

Flankierende Massnahmen zum Rontalzubringer zügig umsetzen: Beschleunigung des Busverkehrs zwischen Ebikon und Luzern

Das Konzept Busbeschleunigung Rontal wurde durch den Kanton 2006 erarbeitet, bisher aber nicht umgesetzt. Aufgrund der Planung Agglomobil due des VVL erhält das Konzept eine neue Bedeutung.

4. Postulat 103 (2010/2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 31. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):

Aktionsplan Gleichstellung für die Stadt Luzern

Eine interdirektionale Arbeitsgruppe hat unter Co-Leitung von Eveline Bucheli, Personal, und Thomas Scherer, Stab Finanzdirektion, die Arbeiten zur Erstellung des Aktionsplans Gleichstellung für die Stadt Luzern anfangs 2013 gestartet. Wie in der Stellungnahme zum Postulat 103 festgehalten war, startete diese Arbeit nach Beendigung der Arbeiten für die Teilrevision des Besoldungssystems. Der Aktionsplan wird Ende 2014 vorliegen und soll dann umgesetzt werden.

5. Volksmotion 111 (2010/2012), Kurt Furrer und Mitunterzeichner/innen, vom 13. September 2010 (überwiesen am 24. März 2011):

400'000'000 Franken für die Autobahn, 0 Franken für die Fusswege

Die Umsetzung der Forderung aus der Volksmotion hat für die Stadt Luzern bei der derzeitigen Finanzlage nicht erste Priorität.

6. Motion 122 (2010/2012), Daniel Erni namens der SVP-Fraktion, vom 10. November 2010 (überwiesen am 30. Juni 2011):

Anpassung der Handwerkerparkkarten an den Schweizer Durchschnitt

Im Rahmen des Parkraumprojektes werden neben den Preisen der Parkkarten auch die Gültigkeitsbereiche sowie die Bezugsbedingungen der Karten überprüft. Ein Vorschlag zur Optimierung des Parkkartenreglements soll im Herbst 2013 dem Parlament beantragt werden.

7. Postulat 208 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer, Nina Laky und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 10. Juni 2011 (überwiesen am 30. Juni 2011):

VBL: Zonenanpassung im Stadtgebiet

Der Stadtrat hat sich mehrfach und jüngst im Zusammenhang mit der Petition an den Verkehrsverbund für eine Integration der Stadtteile Littau und Reussbühl in die Zone 101 eingesetzt. Der Verkehrsverbund hat in Aussicht gestellt, anstelle der Umsetzung der Petition eine Gesamtüberprüfung des Zonenplans vorzunehmen. Die daraus resultierende Lösung soll namentlich auch den Stadtteilen Littau und Reussbühl zu gute kommen. Die Umsetzung dieser Gesamtlösung ist frühestens auf Dezember 2014 zu erwarten.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Postulat 416 (2004/2009), Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Josef Burri namens der FDP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):

Neugestaltung Bahnhofstrasse

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag 7 vom 24. April 2013 „Initiative für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ zur Abschreibung beantragt.

2. Motion 475 (2004/2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 30. Januar 2009 (überwiesen am 25. März 2010):

Für eine ausgewogene Informationspolitik

Die Motion wird mit dem Bericht und Antrag 6 vom 27. März 2013: „Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen“ zur Abschreibung beantragt.

3. Motion 477 (2004/2009), Beat Züsli und Luzia Vetterli namens der SP-Fraktion sowie Urs Wollenmann und Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 2. Februar 2009 (überwiesen am 25. März 2010):

Kommunikation bei Wahlen und Abstimmungen

Die Motion wird mit dem Bericht und Antrag 6 vom 27. März 2013: „Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen“ zur Abschreibung beantragt.

4. Postulat 315 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 30. März 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):

GSW als Partnerin stärken und Partnerschaft ausweiten

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag zur Initiative „Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern“ abgeschrieben.

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die (allenfalls verlängerte) Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Motion 142 (2000/2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 6. September 2001 (überwiesen am 21. November 2002):
Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben
2. Postulat 200 (2000/2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 15. April 2002 (überwiesen am 30. Januar 2003):
Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse
3. Postulat 48 (2004/2009), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 4. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005):
Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West
4. Motion 140 (2004/2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, 15. Mai 2006 (überwiesen am 28. September 2006):
Flankierende Massnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn
5. Motion 367 (2004/2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, 25. Februar 2008 (teilweise überwiesen am 25. September 2008):
Kommunaler Verkehrsrichtplan Stadt Luzern
6. Postulat 373 (2004/2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube, namens der G/JG-Fraktion, vom 10. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008):
2x gratis ins Museum
7. Motion 380 (2004/2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 11. April 2008 (überwiesen am 25. September 2008):
Planung Grendel/Löwengraben – eine Chance für die Luzerner Altstadt
8. Postulat 394 (2004/2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 21. April 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):
Die Politik braucht Räume der Stadt
9. Postulat 409 (2004/2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 27. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):
Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag

10. Motion 441 (2004/2009), Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, 22. September 2008 (überwiesen am 24. September 2009):
Obligatorische Deutschtests für Einbürgerungswillige
11. Motion 456 (2004/2009), Philipp Federer und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 3. November 2008 (überwiesen am 3. September 2009):
Leistungsausbau im Busverkehr zwischen Littau/Reussbühl und Luzern
12. Motion 461 (2004/2009), Christoph Brun und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 1. Dezember 2008 (überwiesen am 17. Dezember 2009):
Chancen ausnützen: Areal altes Hallenbad umnutzen!
13. Postulat 514 (2004/2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 28. April 2009 (überwiesen am 24. September 2009):
Abgeriegelter oder offener Bahnhof
14. Postulat 24 (2010/2012), Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. Februar 2010 (teilweise überwiesen am 23. September 2010):
Platz für Jugendkultur in Luzern Nord – wo bestehen Chancen?
15. Postulat 34 (2010/2012), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. März 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):
Neuer Stadtplan für die fusionierte Stadt Luzern-Littau
16. Postulat 57 (2010/2012), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Nina Laky und Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion und Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, vom 23. April 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt
17. Postulat 79 (2010/2012), Theres Vinatzer, namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):
Pflegefinanzierung: Ausgleichszahlung des Kantons an die Gemeinden für 2011
18. Postulat 91 (2010/2012), Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Juli 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Fallzahlen im Vormundschaftsbereich
19. Motion 93 (2010/2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 29. Juli 2010 (überwiesen am 27. Oktober 2011):
Erhöhung der Luzerner Wertschöpfung durch Cleantech

20. Postulat 118 (2010/2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 20. Oktober 2010 (überwiesen am 11. November 2010):
Beibehaltung des Mittwoch-Abendverkaufs im Ortsteil Littau
21. Postulat 139 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Januar 2011 (teilweise überwiesen am 22. September 2011):
S-Bahn-Haltestelle Schiff, Reussbühl
22. Postulat 155 (2010/2012), Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion, vom 22. Februar 2011 (überwiesen am 27. Oktober 2011):
Zufahrt Mercedes-Servicecenter Unterwilrain, Stadtteil Littau
23. Postulat 159 (2010/2012), Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 23. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011) :
Zusatzleistungen für Härtefälle in der Spitex-Beteiligung
24. Postulat 168 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 8. März 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):
Zukunft Kantonsspital – Spitalstrasse als Langsamverkehrsachse
25. Postulat 182 (2010/2012), Dominik Durrer, David Roth und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 19. April 2011 (überwiesen am 10. November 2011):
Bruchquartier vom Durchgangsverkehr entlasten
26. Postulat 199 (2010/2012), Andrea Mathys-Imhof namens der CVP-Fraktion und Luzia Mumenthaler-Stofer und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 18. Mai 2011 (überwiesen am 10. November 2011):
Quartierbus Reussbühl
27. Postulat 200 (2010/2012), Agnes Keller-Bucher namens der CVP-Fraktion, vom 20. Mai 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):
Erhöhtes Verkehrsaufkommen Littauerberg
28. Postulat 205 (2010/2012), Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 3. Juni 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):
Ein Hauch Marzili für Luzern
29. Postulat 218 (2010/2012), Monika Senn Berger und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, Ylfete Fanaj und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub, vom 13. Juli 2011 (überwiesen am 10. November 2011):
Prostitution in Luzern

30. Motion 223 (2010/2012), Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 28. Juli 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Volksmotion soll auch Personen mit C-Ausweis zugänglich sein
31. Motion 225 (2010/2012), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. August 2011 (als Postulat überwiesen am 8. März 2012):
Tempo 30 – für mehr Sicherheit und flüssigen Verkehr
32. Postulat 232 (2010/2012), Edith Lanfranconi-Laube und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 31. August 2011 (teilweise überwiesen am 8. März 2012):
Zusammenarbeit zwischen Universität, Hochschule Luzern und Stadt Luzern durch einen Kooperationsvertrag stärken
33. Postulat 241 (2010/2012), Agatha Fausch Wespe und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, Dominik Durrer und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Manuela Jost und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 29. September 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Die Mutterschaftsbeihilfe sichern und fördern
34. Postulat 243 (2010/2012), Ali R. Celik und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, Theres Vinatzer und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Verena Zellweger-Heggli und Andrea Mathys-Imhof, vom 21. Oktober 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Dem Fluglärm Grenzen setzen!
35. Postulat 248 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 7. November 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):
Entlastungsangebot für pflegende Angehörige
36. Postulat 253 (2010/2012), Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 29. November 2011 (überwiesen am 24. Mai 2012):
Solarkataster – Ideale Nutzungsstandorte für Sonnenenergie in der Stadt Luzern aufzeigen
37. Postulat 256 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 1. Dezember 2011 (überwiesen am 28. Juni 2012):
Mediterrane Pflegewohngruppe in den städtischen Betagtenzentren oder Pflegewohnungen
38. Postulat 258 (2010/2012), Mara Wiedemann und Jonathan Winter namens des Kinderparlaments der Stadt Luzern, vom 5. Dezember 2011 (überwiesen am 27. September 2012):
Antrag um finanzielle Unterstützung der Schülerzeitung Kiz-Blitz durch die Bildungsdirektion

39. Postulat 262 (2010/2012), Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion und Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 13. Dezember 2011 (teilweise überwiesen am 2. Februar 2012):
Für ein menschenwürdiges Asylzentrum
40. Postulat 267 (2010/2012), Edith Lanfranconi-Laube, Stefanie Wyss und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion sowie Dominik Durrer, Nico van der Heiden und Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 19. Dezember 2011 (überwiesen am 2. Februar 2012):
ZHB: Sanierung statt Neubau
41. Postulat 268 (2010/2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 19. Dezember 2011 (überwiesen am 2. Februar 2012):
Kein Schnellschuss bei der ZHB. Architektonische, denkmalpflegerische und städtebauliche Aspekte sind bei der Zentral- und Hochschulbibliothek hoch zu gewichten
42. Postulat 270 (2010/2012), Marcel Budmiger und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, Franziska Bitzi Staub und Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion, Ivo Durrer namens der FDP-Fraktion und Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 20. Dezember 2011 (überwiesen am 28. Juni 2012):
Kontrollen gegen Lohndumping
43. Postulat 276 (2010/2012), Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 5. Januar 2012 (überwiesen am 28. Juni 2012):
Neugestaltung der Fussgängerstreifen zur Verbesserung der Sicherheit
44. Postulat 277 (2010/2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 5. Januar 2012 (teilweise überwiesen am 14. Juni 2012):
Bessere ÖV-Erschliessung der Musikschule Südpol
45. Postulat 281 (2010/2012), Ivo Durrer und Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion sowie Marcel Budmiger und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 10. Januar 2012 (überwiesen am 28. Juni 2012):
Massnahmen bei Arbeitsvergaben und Beschaffungen von Unternehmungen mit eigenem Stammpersonal
46. Postulat 286 (2010/2012), Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 24. Januar 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
CarSharing als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen, integrierten Verkehrspolitik
47. Postulat 291 (2010/2012), Christian Hochstrasser und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 6. Februar 2012 (überwiesen am 5. Juli 2012):
Nachtleben Luzern: Parkhäuser auslasten, Wohnquartiere entlasten

48. Postulat 296 (2010/2012), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012 (teilweise überwiesen am 5. Juli 2012):
Ein Mega-Kreisel für Luzern
49. Postulat 301 (2010/2012), Nico van der Heiden, Melanie Setz und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 5. März 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
Mehr Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse
50. Postulat 302 (2010/2012), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 5. März 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
Eine durchgehende Busspur vom Pilatusplatz bis zum Luzernerhof
51. Postulat 303 (2010/2012), Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 7. März 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):
Bewilligungspraxis Fensterersatz: Qualität ja, aber mit Vernunft! Unnötigen Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten abbauen, nicht erhöhen
52. Postulat 308 (2010/2012), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 12. März 2012 (überwiesen am 29. März 2012):
Städtische Betreuungsgutscheine nur subsidiär oder ergänzend
53. Postulat 317 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 3. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):
Umsetzung der Energiewende
54. Postulat 318 (2010/2012), Dominik Durrer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):
Nach dem Fusions-Nein: Klare strategische Führung durch Neuorganisation der städtischen Direktionen
55. Postulat 323 (2010/2012), Dominik Durrer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion sowie Sonja Döbeli Stirnemann, vom 12. April 2012 (überwiesen am 8. November 2012):
SÜDPOL regional verankern, infrastrukturell optimieren
56. Motion 326 (2010/2012), Dominik Durrer, Marcel Budmiger und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 17. April 2012 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):
Konkrete Umsetzung der nachhaltigen städtischen Mobilität im Parkplatzreglement

57. Postulat 329 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 25. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):
Neubau Kantonsspital als Chance für den ÖV
58. Postulat 330 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 25. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):
Neue Erschliessung Kantonsspital Luzern
59. Postulat 333 (2010/2012), Monika Senn Berger und Katharina Hubacher namens der GJ/G-Fraktion, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, Luzia Vetterli und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub, Albert Schwarzenbach und Laura Grüter-Bachmann, vom 1. Mai 2012 (überwiesen am 24. Mai 2012):
Flankierende Massnahmen zum Reglement Strassenstrich
60. Postulat 339 (2010/2012), Nico van der Heiden, Dominik Durrer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. Juni 2012 (überwiesen am 8. November 2012):
Lernen von Anderen: Das „Cities for Children“-Netzwerk
61. Postulat 346 (2010/2012), Christian Hochstrasser und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Markus Mächler namens der CVP-Fraktion sowie Rolf Krummenacher, vom 3. Juli 2012 (teilweise überwiesen am 25. Oktober 2012):
Strombezugsverträge ewl: Klima- und Energiepolitik nicht gegeneinander ausspielen
62. Postulat 10 (2012/2016), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 17. Oktober 2012 (überwiesen am 28. März 2013):
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
63. Postulat 22 (2012/2016), Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 22. November 2012 (teilweise überwiesen am 28. Februar 2013):
Zwischennutzungsagentur Luzern
64. Motion 42 (2012/2016), Sandra Felder-Estermann, Hugo P. Stadelmann und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion, vom 13. Februar 2013 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):
Die Gewerbetreibenden im Ibach und den Strassenstrich besser schützen

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 30. April 2013 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–10, 12–18 und 20–22, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist des Postulats gemäss II.1., Ziffer 1, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 27. Juni 2013

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern



Theres Vinatzer
Ratspräsidentin



Toni Göpfert
Stadtschreiber

